

EINEWELT – Unsere Verantwortung



DR. GERD MÜLLER MdB

Entwicklungspolitik steht heute mehr denn je im Zeichen enormer globaler Herausforderungen. Über vier Millionen Jahre hat es gedauert, bis die Menschheit im 19. Jahrhundert die Schwelle der ersten Bevölkerungsmilliarde durchbrach. Heute wächst die Weltbevölkerung täglich um 230 000 Menschen. 2050 werden neun Milliarden Menschen auf dieser Erde leben, die Nahrung, Unterkünfte und Arbeitsplätze brauchen. Das ist eine unglaubliche Herausforderung, wenn man bedenkt, dass auch im 21. Jahrhundert immer noch 1,4 Milliarden Menschen in absoluter Armut leben, eine Milliarde Menschen an Hunger leidet und eine weitere Milliarde mangelernährt ist. Hinzu kommt, dass insbesondere die Menschen in den ärmsten Regionen der Welt von den Auswirkungen des fortschreitenden Klimawandels betroffen werden. Seriöse

Studien warnen, dass sogar ein Temperaturanstieg um „nur“ 1,5 Grad bis 2030 zur Folge hat, dass die Anbaufläche von Mais, dem Hauptnahrungsmittel in weiten Teilen Afrikas, um vierzig Prozent zurückgehen wird. Bis 2050 könnte es 200 Millionen „Klimaflüchtlinge“ geben, die ihre Heimat aufgrund von Überschwemmungen, Dürren oder Wirbelstürmen verlassen müssen.

Diese Herausforderungen gehen uns alle an. Zum einen weil es für uns eine ethisch-moralische Verpflichtung sein muss, den Ärmsten zu helfen, ein Leben in Würde zu ermöglichen, die Welt sicherer und gerechter zu machen und unsere Schöpfung zu bewahren. Wir haben als Industrienation mit einem hohen Ressourcenverbrauch besondere Verantwortung für den Klimawandel und dessen Folgen. Aber es geht auch um unseren Wohlstand und den unserer nachfolgenden Generationen. Deutschland ist wie nur wenige Nationen in der Welt abhängig von der Integration in die Weltwirtschaft und somit besonders auf eine friedliche und prosperierende Welt angewiesen. Hinzukommt, dass Umweltkrisen nicht vor Grenzen halt machen und auch Armut, kriegerische Auseinandersetzungen und neue Seuchen in anderen Teilen der Welt sich kaum noch regional eindämmen lassen. Überfüllte Flüchtlingsboote im Mittelmeer, aber auch das Zusammenwachsen der Welt durch informationstechnische Fortschritte und schnellere Reisemöglichkeiten machen uns jeden Tag aufs Neue bewusst, dass wir in EINERWELT leben und für diese EINE-

WELT Verantwortung übernehmen müssen. Aus diesem Grund hat die Bundesregierung in den nächsten vier Jahren zwei Milliarden Euro mehr für Entwicklung bereitgestellt!

Es geht um nachhaltige Entwicklung und globale Sicherheit

Die zusätzlichen Mittel fließen in drei neu beschlossene Sonderinitiativen, mit denen wir die drängendsten Probleme angehen wollen. Mit der Sonderinitiative „EineWelt ohne Hunger“ stellen wir jährlich über 300 Millionen Euro zusätzlich für Ernährungssicherung und ländliche Entwicklung zur Verfügung – insgesamt 1,4 Milliarden Euro im kommenden Haushaltsjahr. Ein wichtiger Bestandteil ist der Aufbau von zehn Innovationszentren für landwirtschaftliche Erzeugung und Vermarktung. Unser Ziel ist es, den Wissenstransfer und den Aufbau einer modernen Wertschöpfungskette zu fördern, die von der Nutzung der Böden über die Lagerung der Ernte, über die Verarbeitung bis hin zur Vermarktung reicht. Auch die deutsche Wirtschaft hat Interesse bekundet, sich in diese Initiative einzubringen. Mit der zweiten Sonderinitiative wollen wir gezielt Fluchtursachen bekämpfen und Flüchtlinge reintegrieren – eine Aufgabe, die angesichts der Ereignisse in Syrien und Irak drängender denn je ist. Auch unsere dritte Sonderinitiative „Stabilisierung und Entwicklung in Nordafrika - Nahost“ ist hoch aktuell: Wir fördern den Aufbau einer nachhaltigen, sozialen und ökologischen Marktwirtschaft und insbesondere neue Beschäftigungs- >>>5.2

NEU: Positionspapier „**Möglichkeiten und Grenzen von privaten Infrastrukturfinanzierungen**“ – in der Geschäftsstelle anfordern oder aus dem Internet herunterladen unter: www.wbu.de



„Wer in absehbarer Zeit eine Firma (oder auch nur Anteile daran) zu vererben hat, sollte sich spätestens jetzt auf den Weg zum Steuerberater oder Rechtsanwalt machen.“
(FAZ vom 09.07.2014)

Die Kanzlei STEINPICHLER konzentriert sich auf das Wirtschaftsrecht. Ein besonderer Schwerpunkt gilt dabei der Beratung bei der **Unternehmensnachfolge**. Gerne begrüßen wir Sie zu einem unverbindlichen Gespräch.

STEINPICHLER
RECHTSANWÄLTE PARTNERSCHAFT

STEINPICHLER Rechtsanwälte
Partnerschaftsgesellschaft mbB
Ottostraße 8 – Palais am Lenbachplatz
80333 München | Tel.: 089 / 212 68 52-0
info@steinpichler.de | www.steinpichler.de

5.7>> Chancen für die jungen Menschen, z.B. in Tunesien. Damit wird Deutschland seiner besonderen Verantwortung gerecht, denn mehr Stabilität im Maghreb und im Nahen Osten bedeutet mehr Sicherheit in der ganzen Welt.

Diese neuen Initiativen zeigen, dass sich die Wirklichkeit der Entwicklungspolitik in den letzten Jahren massiv verändert hat. Stand vor Jahren noch die armutsorientierte Projektarbeit im Mittelpunkt der Entwicklungspolitik, so geht es heute immer mehr um nachhaltige Entwicklung und globale Sicherheit, also um Zukunftsfragen der Menschheit.



DGEO® Deutsche Gesellschaft für Entgeltoptimierung

Win-Win

Intelligentes Vergütungskonzept:

Der Einsatz von begünstigten Sachbezügen und Barzuschüssen ermöglicht eine Win Win Situation für Arbeitgeber und seine Arbeitnehmer!

Steuer- und beitragsfreie Gehaltsextras (Tankgutscheine und Co.) erhöhen das Netto der Belegschaft und reduzieren die Lohnnebenkosten für den Chef!

Schlagen auch Sie der kalten Progression ein Schnäppchen und nutzen Sie die Konzepte der DGEO!



DG-Gruppe®

Mehrwert schaffen. Für Menschen und Unternehmen.

unternehmer.dg-gruppe.eu

Entwicklungspolitik „Made in Germany“ für die EINEWELT

Deutschland gilt weltweit als Vorreiter, wenn es darum geht, Wirtschaft, Soziales und Umwelt miteinander in Einklang zu bringen. Ich strebe deshalb eine Entwicklungspolitik „Made in Germany“ an, die unsere Werte und besonderen Stärken in den Mittelpunkt stellt. Ähnlich wie in der Gründerzeit der Bundesrepublik wollen wir unsere Partnerländer dabei unterstützen, eine Marktwirtschaft mit sozialen und „heute auch“ ökologischen Standards umzusetzen. Wir wollen passende Lösungen in hoher Qualität anbieten, sowohl in den armen und fragilen Staaten als auch in den Schwellenländern. Deutschland leistet gerade auf dem Bildungssektor Hervorragendes und kann noch mehr leisten, wenn es um den Transfer von Wissen und Technologie für die Herausforderungen wie Energie, Klima, Umwelt oder Mobilität geht. Dabei sehen wir gerade unsere kraftvolle Wirtschaft und die vielen innovativen Unternehmen als unverzichtbare Partner an. Denn deutsche Unternehmen bringen mit ihren Investitionen nicht nur Kapital und Arbeitsplätze, sondern auch ihre Innovationsfähigkeit und ihr Wertebewusstsein mit. Viele deutsche Unternehmen erfüllen deutlich höhere Sozial- und Umweltstandards, als vor Ort gesetzlich vorgeschrieben sind.

Als Entwicklungsminister wünsche ich mir, dass sich deutsche Unternehmen, gerade auch die Mittelständler, noch stärker in Entwicklungs- und Schwellenländern engagieren. Insbesondere der afrikanische Kontinent bietet enorme Potenziale, die leider von den Berichten über Krisen und Konflikte in einigen Teilen Afrikas oftmals überlagert werden.

Afrika entwickelt sich rasant – Afrika ist der Zukunftskontinent

Von den zehn wachstumsstärksten Ländern weltweit liegen sechs auf dem afrikanischen Nachbarkontinent. Afrika verfügt über einen großen Reichtum an Ressourcen, über fruchtbare Böden und eine junge und wachsende Bevölkerung – das sind die großen Potentiale des Chancenkontinents, die von der globalen Wirtschaft zunehmend erkannt werden. Die ausländischen Direktinvestitionen haben sich in den letzten 10 Jahren verdreifacht, dieses Jahr werden es voraussichtlich rund 80 Milliarden US-Dollar sein. Natürlich dürfen wir trotz dieser Erfolgsmeldungen nicht ausblenden, dass es in Afrika weiterhin eine Reihe von Risikofaktoren gibt: Noch immer profitiert die Bevölkerung sehr unterschiedlich vom Wachstum. In vielen Ländern vergrößert sich die Kluft zwischen Arm und Reich. Obwohl allmählich

eine dynamische Mittelschicht entsteht, ist die Armutsrate mit 51 Prozent noch immer viel zu hoch. Um diese Risiken konkret einschätzen zu können, ist eine Partnersuche vor Ort hilfreich. Ein empfehlenswerter Informationspartner für alle Unternehmen, die sich für Afrika interessieren, ist dabei die deutsche Entwicklungspolitik. Sie hat jahrzehntelange Erfahrung vor Ort und bietet eine umfangreiche Expertise.

Ganz konkret fördert das BMZ im Rahmen des „develoPPP.de-Programms“ das Engagement der Privatwirtschaft dort, wo unternehmerische Chancen und entwicklungspolitischer Handlungsbedarf zusammentreffen. Die dahinter stehende Idee ist: Gemeinsam die berufliche Bildung und Beschäftigung stärken, menschenwürdige Produktions- und Arbeitsbedingungen schaffen, Technologietransfer ermöglichen und Klima, Umwelt und Ressourcen schützen. Und die Unternehmen erschließen sich gleichzeitig neue Märkte.

Um Unternehmen möglichst umfassend beraten zu können, entsenden wir Entwicklungsexperten, sog. „EZ-Scouts“, in Wirtschaftsverbände und Kammern. Die Auslandshandelskammern in Entwicklungs- und Schwellenländern verstärken wir derzeit mit 29 Entwicklungsexperten. In Ghana, Kenia, Nigeria und Südafrika unterstützen wir auf diese Weise den Aufbau von Kompetenzzentren zu Erneuerbaren Energien und Energieeffizienz.

develoPPP feiert in diesem Jahr sein 15jähriges Jubiläum. In dieser Zeit wurden mehr als 1.500 Kooperationen zwischen Staat und Privatwirtschaft auf den Weg gebracht. Das ist schon ein beachtlicher Erfolg. Meine Hoffnung ist, dass wir bald noch mehr Unternehmen dafür gewinnen können.

Insbesondere die Expertise der deutschen Wirtschaft im Bereich der beruflichen Aus- und Weiterbildung möchte ich noch stärker nutzen. So suchen wir Unternehmen, die mit uns neue Berufsbildungspartnerschaften in Afrika aufbauen, damit junge Menschen nicht radikalisiert werden oder ihre einzige Lebenschance in der Flucht sehen. Gemeinsam müssen wir für sie Perspektiven vor Ort schaffen.

Wenn Sie auch bei develoPPP dabei sein wollen: Viermal im Jahr suchen wir in einem Ideenwettbewerb die besten Projekte, die wir dann fördern. Unter www.develoPPP.de finden Sie alle Informationen.

DR. GERD MÜLLER MdB
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Editorial



Sehr geehrte, liebe Mitglieder des Wirtschaftsbeirats Bayern,

Der Sommer ist zu Ende. Sonne hatten wir in Bayern in der Ferienzeit meistens nur stundenweise. Ich hoffe, Sie sind trotzdem gut erholt in Ihre Unternehmen zurückgekehrt und gehen mit neuem Schwung erfolgreich Ihren Geschäften nach.

Die politischen Herausforderungen, die uns bereits vor der Sommerpause beschäftigt haben, haben sich währenddessen leider nicht in Luft aufgelöst. Allein die Ungewissheit über die europaweiten Auswirkungen eines Ja zur Unabhängigkeit Schottlands ist vom Tisch. Die Pulverfässer im Nahen Osten sind dagegen geblieben. Der Waffenstillstand in der Ostukraine ist brüchig. Die Politik der gegenseitigen Sanktionen hinterlässt zunehmend Brems Spuren im deutsch-russischen Handel. Umso bemerkenswerter, dass unsere Exporte trotz aller geopolitischen Belastungen im Juli mit über 100 Mrd. Euro alle Rekorde gebrochen haben.

Das „Ende der Geschichte“ hatte der amerikanische Politologe Francis Fukuyama

Anfang der 90er Jahre prophezeit. Dies erweist sich ein Vierteljahrhundert später als große Illusion. Die Welt ist so konfliktreich wie eh und je. Und viele der Konflikte spielen sich unweit von unserer Haustür ab. Aus meiner Sicht sind daraus einige grundlegende Konsequenzen zu ziehen. Zum einen kann Deutschland nicht den Weg einer „Großschweiz“ gehen. Es muss als stärkste Wirtschaftsmacht in Europa bereit sein, im eigenen Interesse außen- und sicherheitspolitische Verantwortung zu übernehmen. Dazu gehört auch, dass wir uns eine leistungs- und systemfähige wehrtechnische Industrie bewahren, die auf der Höhe der Zeit ist – eingebettet in mehr europäische Kooperation.

Aus globalstrategischen Überlegungen heraus möchte ich zum anderen erneut eine Lanze für das Transatlantische Freihandels- und Investitionspartnerschaftsabkommen (TTIP) zwischen der EU und den USA brechen. Es geht hier nicht nur um den Abbau von Zöllen, die „Harmonisierung von Autorücklichtern“ und die gegenseitige Anerkennung von Zulassungsverfahren. Es geht vor allem auch darum, dass der Westen seine Werte und Standards im globalen Spiel der Mächte in diesem Jahrhundert weltweit mit vereinten Kräften behauptet. Europa allein, von Deutschland nicht zu reden, wird dies nicht gelingen.

Zum besonders umstrittenen Investitionsschutzteil nur so viel: TTIP ist kein Abkommen der USA mit Deutschland, sondern mit der EU. Und nicht überall in der EU befindet sich das Rechtssystem auf der Höhe des deutschen. So wie umgekehrt das amerikanische Rechtssystem nicht immer und überall von Transparenz und Berechenbarkeit geprägt ist. Schiedsgerichte könnten insoweit vor allem auch unserem Mittelstand im US-Geschäft das Leben erleichtern. An die Stelle pauschaler Ablehnung sollten deshalb konstruktive Vorschläge treten, wie

neuralgische Punkte einvernehmlich überwunden werden können. Im Interesse einer offensiven Antwort auf die Globalisierung wäre am Ende ein ratifiziertes transatlantisches Abkommen als Blaupause für weitere Abkommen wichtig. Dies umso mehr, als das multilaterale WTO-Abkommen von Bali an Indien gescheitert ist.

Auf nationaler Ebene hat uns das Statistische Bundesamt mit der Meldung von einem Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Leistung im zweiten Quartal einen leichten Schuss vor den Bug gesetzt. Mag sein, dass dies nur eine technische Reaktion auf das starke erste Quartal war. Dennoch ist die Politik gut beraten, jetzt vom „Umverteilungsmodus“ auf den „Wachstumsmodus“ umzuschalten und besonders die Investitionen hierzulande zu stärken. U.a. sollte die Maut deshalb nunmehr rasch beschlossen und umgesetzt werden. Die Pläne von Bundesverkehrsminister Dobrindt bringen nicht nur mehr Gerechtigkeit in die Verkehrsfinanzierung. Sie mobilisieren auch zusätzliche Mittel in dreistelliger Millionenhöhe für den seit Jahren restlos unterfinanzierten Verkehrshaushalt. Private Infrastrukturfinanzierung muss hinzukommen. Der Wirtschaftsbeirat hat dazu jüngst Vorschläge vorgelegt.

Mehr Investitionen sind in ganz Europa notwendig, um der Wachstumsklause in der EU abzuwehren. Aber nicht auf dem Weg zusätzlicher Schuldenmacherei, sondern durch Umschichtungen in den nationalen Haushalten und Strukturereformen, die zu privaten Investitionen ermutigen. Die immer riskanteren Ankurbelungsmanöver der EZB, deren „geldpolitische Philosophie“ sich weit von der ersoliden Politik der Bundesbank entfernt hat, sind dafür kein Ersatz.

Herzlichst
Ihr
Jürgen Hofmann



**Kaffeemaschinen
Kaffeeautomaten
Snackautomaten
Getränkeautomaten
Fotoautomaten**



zoells.de GmbH
rund um die Uhr



**Kapell-Leite 2
90579 Langenzenn
Tel. 09101/909390**

Die Einführung einer Freiwilligen Spätrente

Für die Soziale Sicherheit, ein erfolgreiches Wirtschaften und eine individuelle Lebensgestaltung



TOBIAS JOSEF ZECH **MdB**

Bereits 2015 werden drei Millionen Fachkräfte in Deutschland fehlen – eine große Herausforderung für den Standort Deutschland. Und dennoch legen wir Arbeitnehmern, die nach dem Erreichen des Renteneintrittsalters weiter arbeiten und den Betrieben, die dies gerne ermöglichen wollen, viel zu viele Steine in den Weg. Eine Verschwendung. Auf die Erfahrung und das Wissen der Generation 60plus können wir nicht verzichten. Deshalb ist der entscheidende Punkt eine Flexibilisierung der Altersgrenzen nach oben – weitere Anreize für ein früheres Ausscheiden aus dem Berufsleben sollten und wollen wir mit einer Flexirente nicht schaffen.

Aus der berühmten Bevölkerungspyramide ist mittlerweile eine Urne geworden: unten wenig Nachwuchs – oben zunehmend Ältere. Während in den 60er Jahren der durchschnittliche Bezug der Rente bei zehn Jahren lag, liegt er heute bei fast 20. Die Zukunft Deutschlands gehört den Senioren. Ältere Arbeitnehmer richtig einzubeziehen, ihre Arbeitskraft und ihren Einsatzwillen zu nutzen, ist unsere Aufgabe. Aber wie können wir das umsetzen?

Immer mehr Renten wollen finanziert werden

Welche Möglichkeiten gibt es, um eine größer werdende Anzahl von Rentnern aus der Rentenkasse zu finanzieren? Vier Stellschrauben bieten sich an: Steuerzuschüsse ausweiten, Beitragssätze anheben, Leistungsniveau absenken oder die Lebensarbeitszeit verlängern. Angesichts der deutlich gestiegenen Lebenserwartung und der rückläufigen Zahl der Geburten erscheint die Verlängerung der

Lebensarbeitszeit als die angemessene und richtige Antwort – auch und gerade in Zeiten des Fachkräftemangels.

Wie die Zahlen zeigen, ist das für einen guten Teil der Rentner kein Schreckgespenst sondern entspricht dem Wunsch der älteren Arbeitnehmerschaft: Seit 2003 hat sich die Beschäftigung der 65-69-jährigen von 5 % auf 11 % erhöht. Tendenz steigend. Das DIW sieht ein Potential von 250.000 Rentnern, die länger arbeiten wollen, wenn von der Politik die richtigen Anreize gesetzt werden. Das bedeutet nicht, weitere starre Altersgrenzen zu setzen, sondern neue flexible Übergänge in den Ruhestand zu schaffen.

Freiwilligkeit beider Seiten

Der Schwerpunkt sollte dabei auf der Freiwilligkeit beider Seiten liegen. Wer länger arbeiten kann und will und von seinem Arbeitgeber gebraucht wird, dem sollten wir keine Steine in den Weg legen, sondern die Chance geben, seinen persönlichen Lebensentwurf zu leben.

Die momentane Rechtslage bietet dafür aber wenig Spielraum. Einer Weiterbeschäftigung nach Erreichen der Regelaltersgrenze standen in der Praxis bisher kollektiv- oder individualvertraglich vereinbarte Altersgrenzen entgegen. Die Hinzuverdienstgrenzen vor Regelrenteneintritt sind bürokratisch und wenig lukrativ. Von vielen werden sie sogar als Arbeitsverbot wahrgenommen.

Die erste Hürde genommen: Wiederholte Befristung möglich

Einen wichtigen Schritt zu mehr Flexibilität haben wir bereits im Rentenpaket geleistet. Nach dem neu eingeführten § 41 S. 3 SGB VI können sich Arbeitnehmer und Arbeitgeber während des noch laufenden Arbeitsvertrages darauf verständigen, die Beendigung des Arbeitsverhältnisses über das Erreichen der Regelaltersgrenze hinauszuschieben – gegebenenfalls auch mehrfach. Ein guter Weg, wenn eine Nachbesetzung der entsprechenden Stelle nicht nahtlos erfolgen kann, laufende Projekte beendet oder neue, jüngere Kollegen eingearbeitet werden müssen.

Sozialversicherungspflicht reformieren

Reformbedarf gibt es bei der Sozialversicherungspflicht von Beschäftigten jenseits der Regelaltersgrenze. Obwohl keine Ansprüche

mehr erworben werden können, müssen Arbeitgeber weiter die Renten- und Arbeitslosenversicherungsbeiträge abführen. Das Geld verschwindet in den Kassen zugunsten anderer. Das verletzt nicht nur das Gerechtigkeitsgefühl, sondern auch das Äquivalenzprinzip der Rentenversicherung, wonach die Höhe der Rentenzahlung den geleisteten Beträgen entsprechen muss. Deshalb müssen wir dafür sorgen, dass sich diese Beiträge auch rentenerhöhend auswirken.

Novellierung der Hinzuverdienstgrenzen

Flexibilität heißt nicht nur: Verlängerung der Lebensarbeitszeit. Flexibilität bedeutet auch: Anpassung an die individuellen Bedürfnisse. Auch die Hinzuverdienstgrenzen müssen wir also reformieren. Es braucht neue Möglichkeiten der Altersteilzeit sowohl für den, der privat vorgesorgt hat und Abschläge ausgleichen kann, als auch für denjenigen, der nach dem Regelrentenalter nur beschränkt weiter arbeiten möchte.

Dabei muss es aber zwei Grenzen geben: Zwar sollten Arbeitnehmer vor Erreichen des Regelrentenalters ihre reguläre Arbeitszeit reduzieren und neben dem Lohn auch Teilrente beziehen können. Obergrenze müsste dabei allerdings das bisherige Einkommen darstellen (Kombi-Renten-Modell). Arbeitnehmer könnten sich andernfalls durch die vorzeitige Altersrente die Rentenversicherungsbeiträge sparen. Zudem muss die bestehende 450€-Grenze bei der vorgezogenen abschlagsfreien Rente bleiben, um weitere Anreize einer Frühverrentung zu vermeiden.

Mit diesen Ansätzen zur Flexibilisierung müssen und wollen wir auf den tiefgreifenden Wandel in der Bevölkerungsstruktur reagieren. „Nur wer etwas verändert, kann erhalten, was er bewahren möchte“, sagt eine Volksweisheit. Soziale Sicherheit, eine erfolgreiche Wirtschaft und eine selbstbestimmte, individuelle Lebensgestaltung sind hohe Güter, die wir auch in Zeiten des demographischen Wandels und der rasanten Veränderungen unserer Lebensbedingungen bewahren und sichern müssen.

TOBIAS JOSEF ZECH **MdB**

Mitglied des Ausschusses für Arbeit und Soziales, des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates

Aus den Ausschüssen, Arbeitskreisen und Bezirken

21. Juli – Arbeitskreis Ordnungspolitik

Zu Gast beim Wirtschaftsbeirat: Neven Mimica, EU-Kommissar für Verbraucherpolitik, der unter der Leitung von Präsident Dr. Otto Wiesheu über die Perspektiven der europäischen Verbraucherschutzpolitik referierte. Prof. Dr. Werner Weidenfeld, Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung (C·A·P) und Professor für Politische Wissenschaften an der LMU München, präsentierte im Anschluss daran das Buch „Die vergessene Wahrheit. Der deutsche Einfluss auf die Staatsgründung Kroatiens“, des früheren kroatischen Generalkonsuls in München, Dr. Ivan Simek.



Foto v.l.n.r.: Prof. Weidenfeld, Dr. Ivan Simek, Neven Mimica, Dr. Otto Wiesheu

22. Juli – Ausschuss Verkehrspolitik



Großveranstaltung gemeinsam mit der Italienischen Handelskammer München-Stuttgart und dem LBT zum Thema „Bayerisch-Italienische Partnerschaft beim Ausbau der europäischen Verkehrskorridore“. Nach Einführungsreferaten von Präsident Dr. Otto Wiesheu und Prof. Maurizio Maresca, Professor für internationales Recht, Universität Udine, diskutierten im HVB Forum Vertreter aus Italien und Bayern über Verbesserungen in der Anbindung der bayerischen Wirtschaft an die Nordadriahäfen Triest und Venedig.

23. Juli – Ausschuss Außenwirtschaft

„Ist Deutschlands Exportkraft ein Problem für die EU?“ Diese Frage, die in der internationalen Wirtschaftsdebatte immer wieder aufgeworfen wird, hatte der Vorsitzende Dr. Stefan Weingartner auf die Tagesordnung gesetzt. Prof. Dr. Michael Heise, Chefvolkswirt der Allianz Gruppe, setzte sich eingehend damit auseinander und verneinte sie überzeugend.



Foto v.l.n.r.: Bernd Pantze (Stv. Ausschussvorsitzender), Prof. Michael Heise, Dr. Stefan Weingartner, GS Dr. Jürgen Hofmann

24. Juli – Ausschuss für Bildung und Wissenschaften

Prof. Dr. Thomas Hofmann, neuer Vorsitzender des Ausschusses hatte die erste Veranstaltung unter seiner Leitung der Schulpolitik gewidmet. Prof. Dr. Manfred Prenzel PISA-Forscher und Inhaber des Susanne Klatten-Stiftungslehrstuhls für Empirische Bildungsforschung an der School of Education der Technischen Universität München sprach über „Das Gymnasium in Bayern: Scheindebatten, Probleme und Perspektiven“.



Foto v.l.n.r.: GS Dr. Jürgen Hofmann, Otto Lederer, MdL, Prof. Manfred Prenzel, Prof. Thomas Hofmann

25./26. Juli – Junger Wirtschaftsbeirat: Zwei Tage, zwei Städte, zwei Verbände

Unter dem Titel „Weichenstellung für die Zukunft der Familienunternehmer“ trafen sich die Mitglieder des Jungen Wirtschaftsrats Baden-Württemberg und des Jungen Wirtschaftsbeirats Bayern in der Grenzregion Ulm/Neu-Ulm zum ersten Südgipfel. Vertreter aus Kommunal- und Bundespolitik, Wirtschaft und Wissenschaft gestalteten das Programm. Jessica Kulitz (Sprecherin der Sektion Ulm/Ehingen/Biberach), Dr. Peter Wende (Vorsitzender Junger Wirtschaftsrat Baden-Württemberg) und Dr. Marc Tenbücken (Vorstand Junger Wirtschaftsbeirat Bayern) führten durch die Veranstaltungen.



Text/Foto: Wirtschaftsrat der CDU e.V., LVBW

13. August – Bezirk München

Sommerlounge 2013 auf der Turmterrasse des Löwenbräukellers – eine gemeinsame Veranstaltung des Bezirks München unter der Leitung von Hans Hammer und des Bundes der Selbständigen unter der Leitung von Richard Schaurich. Das regnerische Wetter tat der Stimmung keinen Abbruch. Über 100 Teilnehmer verbrachten einen entspannten Abend mit Gesprächen über Wirtschaft, Politik und Gesellschaft.



Foto v.l.n.r.: Richard Schaurich, Georg Schlagbauer (neuer Präsident der Handwerkskammer für München und Oberbayern), Hans Hammer

13. September – Bezirk Würzburg

Artur Steinmann, Vorsitzender des Bezirks und Präsident des Fränkischen Weinbauverbands, hatte nach Sommerhausen in das Pastoriushaus eingeladen. Im Pastoriushaus wurde 1651 Franz Daniel Pastorius, der erste deutsche Einwanderer in Amerika und Gründer von German Town, geboren. Passend zum Ort referierten und diskutierten, moderiert von Folker Quack, Leitender Redakteur bei der Mediengruppe Mainpost, Bayerns Justizminister Prof. Dr. Winfried Bausback, US-Generalkonsul William (Bill) E. Moeller, Manfred Nüssel, Präsident des Deutschen Raiffeisenverbandes, Dirk Pollert, Stv. Hauptgeschäftsführer Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw) über das Transatlantische Freihandels- und Investitionsschutzabkommen (TTIP) zwischen der EU und den USA.



Foto v.l.n.r.: Dirk Pollert, Prof. Winfried Bausback, Folker Quack, William Moeller, Manfred Nüssel

14. September – Bezirk München

Bereits zum 15. Mal fand der Mittelstandspolitische Frühschoppen am Vorwiesnsontag „Beim Sedlmayr“ am Viktualienmarkt statt, gemeinsam durchgeführt vom Bezirk München mit seinem Vorsitzenden Hans Hammer und der Mittelstandsunion >>S.6

>>>5.5 München mit ihrem Vorsitzenden Thomas Schmatz. Markus Blume, MdL, designierter Vorsitzender der CSU-Grundsatzkommission, schlug einen großen Bogen über die aktuellen Probleme der Welt-, Bundes- und Landespolitik. Wirt Rudi Färber, Metzgermeister Ludwig Wallner und Werner Zimmermann von Ensinger sorgten auch in diesem Jahr für das leibliche Wohl und spendierten großzügig Bier, Weißwürste, Brezn und alkoholfreie Getränke.



Foto v.l.n.r.: Thomas Schmatz, Rudi Färber, Markus Blume, Werner Zimmermann, Ludwig Wallner, Hans Hammer

Terminvorschau

7. Oktober, Memmingen

Bezirk Memmingen/Unterallgäu: 2. Memminger Frühstück mit Klaus Holetschek, MdL, Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, „Wirtschaft und Politik im Dialog“

7. Oktober, München

Ausschuss Industrie, Technologie und Innovationen und Ausschuss Energie- und Rohstoffpolitik: Günther H. Oettinger, Vizepräsident der Europäischen Kommission, mit Zuständigkeit für Energie, und Matthias Gohl, Leiter der McKinsey Studie zu Europa-Energie-Investitionen, „Effizienter in die Energieversorgung investieren bis 2050 – Einsparungen durch europäische Zusammenarbeit nutzen“

8. Oktober, Weidhausen

Bezirk Coburg/Kulmbach: Dr. Otto Wiesheu, Präsident des Wirtschaftsbeirates, „Den Aufschwung sichern – Politik für unsere Wettbewerbsfähigkeit von morgen“

13. Oktober, München

Ausschuss Energie- und Rohstoffpolitik: Peter Franke, Vizepräsident der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen; Dr. Christian Schneller, Leiter des Bereichs Netzausbau der TenneT TSO GmbH; Ministerialdirektor Dr. Bernhard Schwab, Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie; „Ausbau der Höchstspannungsnetze“

13. Oktober, Bamberg

Bezirk Bamberg: Talk im Glashaus mit Staatsministerin Melanie Huml, MdL, „Ein Jahr Bayerisches Staatsministerium für Gesundheit und Pflege – ein Jahr Staatsministerin“

13. Oktober, Aschaffenburg

Bezirk Aschaffenburg: „Betriebliches Gesundheitsmanagement – Rahmenbedingungen und Chancen für Unternehmen“

14. Oktober, München

Ausschuss Wirtschaftspolitik und Ausschuss Ernährungs- und Agrarpolitik: Impulsreferate von: Prof. Dr. Stefan Tangermann, Professor für Agrarökonomie und Präsident der Akademie der Wissenschaften zu Göttingen, Bärbel Diekmann, Präsidentin Welthungerhilfe, „Welternährung und Finanzmärkte – ein Gegensatz?“

15. Oktober, München

Bezirk München: Prof. Dr. Martin Balle, Inhaber der Mediengruppe Straubinger Tagblatt/Landshuter Zeitung, Herausgeber der Abendzeitung München, „Printmedien haben Zukunft“

17.-18. Oktober, St. Englmar

Arbeitskreis Wirtschaft und Kirchen: Klosterwochenende im Bayerischen Wald

21. Oktober, München

Arbeitskreis Immobilienwirtschaft und Bezirk München: Stadtbaurätin Prof. Dr.(l) Dipl.-Ing.(FH) Elisabeth Merk, Referat für Stadtplanung und Bauordnung der Landeshauptstadt München, „Kunst im öffentlichen Raum“

22. Oktober, München

Arbeitskreis Gesundheitswirtschaft: Prof. Dr. Dr. h. c. Peter Oberender, Beauftragter für die bayerische Gesundheitswirtschaft, „Zukunftsperspektiven der Gesundheitswirtschaft“

23. Oktober, Ingolstadt

Bezirk Ingolstadt: Dr. Christian Lösel, Oberbürgermeister der Stadt Ingolstadt, und Dr.

Otto Wiesheu, Präsident des Wirtschaftsbeirates, „Den Standort stärken – die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft sichern“

5. November, Bad Neustadt

Bezirk Rhön/Saale: Ltd. Ministerialrat Dr. Gerd Laffert, Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie, „Energiewende“

6. November, München

Ausschüsse Steuer- und Finanzpolitik, Europapolitik, Mittelstandspolitik und Bezirk München: Klaus-Heiner Lehne, MdEP, Deutsches Mitglied im Europäischen Rechnungshof, Johannes Hintersberger, MdL, Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, „Quo Vadis Europa? – Einnahmen- und Ausgabenpolitik auf dem Prüfstand“

10. November, Straubing

Bezirke Passau und Regensburg „Nachwachsende Rohstoffe“

12. November, München

Arbeitskreis Ordnungspolitik: Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Werner Sinn, Präsident des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung e.V., „Land ohne Kinder“

12. November, Beilngries

Bezirk Jurakreis: Kamingespräch mit Albert Füracker, MdL, Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat

18. November, Burghausen

Bezirk Inn/Salzach: Ministerialdirigentin Dr. Ulrike Wolf, Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie, „Energiewende“

24. November, München

Generalversammlung: Horst Seehofer, Bayerischer Ministerpräsident und Prof. Dr. Joachim Millberg, Vorsitzender des Aufsichtsrats der BMW AG, „Welt im Wandel – wie wir zukunftsfähig bleiben“

Wir begrüßen unsere neuen Mitglieder:

- FGS Flick Gocke Schaumburg GmbH Felix Mantke, München
- Conciety AG, Eckard Klockhaus, Erkrath
- Michael Rein, Bad Endorf
- Dr. h.c. Horst-Wolfgang Haase, Rottach-Egern
- K2K GmbH, Kornelia Kneissl, München
- Dr. Christian Waigel, München

Impressum: Herausgeber: Wirtschaftsbeirat der Union e.V., Odeonsplatz 14, 80539 München, Tel.: 089-2422860, Fax: 089-291518, www.wbu.de, **V.i.S.d.P.:** Dr. Jürgen Hofmann, **Redaktionsschluss:** 14.09.14, **Produktion/Anzeigen:** ddmedia, www.weltbuch.com/media